



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Schnelle unbürokratische Hilfen für die Westernstadt „Pullman City“

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die öffentliche Zusage der Staatsregierung an die niederbayerische Westernstadt „Pullman City“, schnelle unbürokratische Hilfen nach der Brandkatastrophe auf den Weg bringen zu wollen.

In dem Zusammenhang wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag über Folgendes zu berichten:

- die geplanten bzw. möglichen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen des Freistaates
- die geplanten bzw. möglichen Hilfen aus Haushaltsmitteln (ggf. in welcher Höhe und welchen Haushaltstiteln)
- mögliche Unterstützungen durch Beteiligungen des Freistaates (z. B. LfA-Förderbank etc.)
- die administrative Unterstützung durch Behörden des Freistaates beim Wiederaufbau im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten

Begründung:

Am 21.01.2024 brach in der Westernstadt „Pullman City“ in Markt Eging am See im Landkreis Passau ein Großbrand aus. Zu größeren Verletzungen an Personen und Tieren kam es nicht. Nach ersten Schätzungen beläuft sich der Schaden auf zweistellige Millionenhöhe. Die Brandursache ist laut Polizeibericht zum jetzigen Zeitpunkt (30.01.2024) noch nicht bekannt. Bis dato deuten keine Hinweise auf Vorsätzlichkeit oder Fahrlässigkeit hin.

Die Westernstadt besitzt durch ihren hohen Bekanntheitsgrad und das entsprechende jährliche Besucheraufkommen herausragende Bedeutung für die örtliche Tourismuswirtschaft und trägt zur Steigerung der touristischen Attraktivität der gesamten niederbayerischen Region Passau bei.

Darüber hinaus ist es sowohl für die Geschäftsführung als auch für die gesamte Belegschaft besonders bitter, dass sich das Brandunglück gerade zum Beginn der Saison ereignet hat. Schnelle unbürokratische Hilfen des Freistaates sollten das Mindeste sein, um den geplanten Wiederaufbau bestmöglich zu unterstützen.